

Die Bilanz der Europäischen Integration 1994/95

WERNER WEIDENFELD

Die Debatte über die Reform der Europäischen Union gewinnt an Dynamik, nicht aber an Profil. Zu vielstimmig und verwirrt, zu taktisch und diffus sind die Beiträge, als daß sich daraus eine Orientierung verleihende Kontur ergäbe. Neben den Versuchen, den Erwartungshorizont für die Reformen niedriger zu legen, stellen sich dramatisch klingende Appelle: „Europa braucht den großen Schiffsputz“¹, „EU braucht eine grundlegende Reform“² oder „EU muß zu einer umfassenden Runderneuerung ihrer Institutionen und Mechanismen bereit sein“³. Schrumpfende Hoffnungen brechen sich in kraftvollen Aussagen ihre Bahn: „Ein Handelsverein reicht nicht“⁴. Warnungen werden dagegengesetzt: „Gesetze dürfen nicht mehr hinter verschlossenen Türen erlassen werden“⁵, „Vor Großspurigkeit wird gewarnt“⁶. Wen kann es angesichts dieses Spektrums an Meinungen wundern, wenn fundamentale Anfragen an Europa neu aufgeworfen werden: „Zerfällt die Europäische Union wieder in Einflußsphären? Zerläppert sie zur Freihandelszone?“⁷, „Wie tragfähig sind Europas Fundamente?“⁸ Der Hinweis auf die Legitimität als knappes Gut der Europapolitik lenkt dabei den Blick auf eine entscheidende, meist ausgeblendete Kategorie der Reform: Zustimmung und Ablehnung, Erwartung und Distanz der Bürger Europas. Mit Recht wird die offene Debatte über die Zukunft Europas gefordert⁹.

Die Entwicklung der europäischen Einigung läßt sich auch als Geschichte der Reformversuche beschreiben. Gelungene Korrekturen stehen neben verpaßten Chancen¹⁰. Europa '96, das ist bei genauerem Hinsehen das Kürzel für die zwölfte Welle der Grundsatzdebatte über die zeitgemäße Anpassung an die Notwendigkeit der aktuellen Lage. Jede Reform hat Europa komplizierter, umständlicher, verwinkelter und verzwickter werden lassen. Es ist die zwölfte Reformdebatte und zugleich ist sie die erste unter komplett gewendeten Vorzeichen. Damit aber ist bereits das erste Dilemma bezeichnet: Die Diskussion über Europa '96 entwickelt sich in einer Weise, als müsse man nur die alte Entwicklungslinie um einige Artikel fortschreiben und dort weitermachen, wo Maastricht geendet hat; bei jenem Vertragswerk von geradezu mythologischer Unüberschaubarkeit – in 7 Titel gegliedert, beigelegt 33 Erklärungen und 17 Protokolle.

Die Vorbereitung von Europa '96 kopiert dieses Muster geradezu perfekt¹¹: verschlungene Beratungswege, abwesender öffentlicher Diskurs sowie technokratische Detailbesessenheit. Wir vergessen dabei, daß Maastricht haarscharf an einem Scheitern vorbeischrämte. Für jeden kundigen Beobachter mußte klar sein: Es war das letzte Mal, daß die Europäer eine solche Vorgabe akzeptieren

würden. Aber ungerührt bereiten wir ein wirkliches Maastricht II vor. Es gehört wenig Phantasie zu den Prognosen: Das wir ein Desaster werden, weil sich am Ende die Bürger Europas verweigern werden.

Was ist statt dessen zu tun? Die Europapolitik muß eine Antwort auf zwei Elementarfragen geben: An welchen Notwendigkeiten muß die Reform ansetzen? Welche Strategie kann eine zukunftssträchtige Perspektive für diese neue Epoche der Einigung Europas bieten?

Die Ansatzpunkte der Reform

Europa erlebt seit einigen Jahren Geschichte im Zeitraffer. Wir durchleben eine Zwischenzeit voller Konfusionen und Konflikte ohne ein dominierendes, prägendes Muster – gewissermaßen eine Epoche ohne Namen. Die Gleichzeitigkeit von Integration und Desintegration, von Internationalisierung und Provinzialisierung¹², von Gleichgewichtsdenken und neuen Machtambitionen – alles das liefert das einzigartige Profil des heutigen Europa mit neuen Risiken und ungewissen Konstellationen. Ein Gegenüber als Abgrenzungshilfe existiert nicht mehr. Europa muß sich aus sich selbst heraus positiv begründen. Welchen Sinn soll es haben, daß sich Nationen und die Bürger Europas in ein gemeinsames politisches System einbinden? Und wie ist das politische System auszustatten, daß es jene Leistungen erbringt, die seine Bürger erwarten?

Kein Begriff der klassischen Staatslehre bezeichnet den Stand der Integration in zutreffender Weise, weder Bundesstaat noch Staatenbund und auch keine Union der Vaterländer. Der heutige Status quo ist nichts anderes als die schrittweise Verlängerung der funktionalen Gemeinschaftsbildung im Europa der Sechs aus den 50er Jahren; verwinkelter zwar, aber mit der alten Logik von damals. Bereits im Europa der 12 und dann der 15 wird für diese alte Logik ein hoher Preis bezahlt: markante Verluste an Handlungsfähigkeit. Europa '96 hat aber die Folie zu liefern für das Europa der 20 und mittelfristig für das Europa der 30. So naiv wird niemand sein, das Millimetermaß der 50er Jahre als Rezept für das neue „große Europa der 30“ anbieten zu wollen.

Das heutige Kompetenzgefüge der Europäischen Union ist aus einem gewissen Wildwuchs entstanden. Die Integration hat einen Sättigungsgrad erreicht, der jeden weiteren Schritt unter neuartige Begründungszwänge stellt¹³. Es ist unsinnig, blind jeden weiteren Integrationsschritt zu begrüßen. Der Traum der Nachkriegsgeneration ist weitgehend realisiert – ihn bloß zu wiederholen wäre unzeitgemäß, weil eine neue Lage entstanden ist. Die Union wird vielmehr Wege aus der Erfolgsfalle finden müssen, in die sie hineingetappt ist. Erfolgsfalle deshalb, weil die Attraktivität der Union immer mehr Aufgaben anzieht, ohne daß die Ausstattung damit Schritt hält.

Seit Maastricht befindet sich die Europäische Union in einer problematischen Schieflage¹⁴. Gemeint ist die Asymmetrie von Währungsunion einerseits und Politischer Union andererseits. Während die Währungsunion in ihren Kriterien und

Instrumenten präzise fixiert ist, ist die Politische Union auf begrenzte Ansätze beschränkt. Dabei ist klar, daß eine Währungsunion ohne den begleitenden Rahmen einer Wirtschafts-, Konjunktur- und Finanzpolitik nicht funktionieren kann. Die Beendigung der Schieflage von Maastricht ist daher auch ein konkreter Anlaß gewesen, den Revisionsauftrag für 1996 zu kodifizieren.

Alle Daten verweisen auf einen Akzeptanzverlust Europas in der Bevölkerung¹⁵. Die Liste der berechtigten Gründe ist lang:

- die Gefahr einer über das notwendige Maß hinausgehenden Zentralisierung, durch ausufernde Kompetenzübertragungen; einem zentralistischen Magnetismus gilt die Gegenwehr,
- die Kompliziertheit und Intransparenz der Strukturen und Verfahren,
- Defizite an Legitimation,
- fehlende Handlungsfähigkeit.

Gelingt es nicht, die Bürger für die Zukunft der Union zu gewinnen, dann droht die Erosion von innen. Aus diesen fünf Notwendigkeiten folgt eine strategische Antwort in fünf Punkten:

Festlegung der europäischen Kompetenzen und Instrumente

Die Europäische Union wird unter dem Kürzel Europa '96 eine Antwort auf die Frage nach ihrem Sinn geben müssen¹⁶ – unter den neuen Vorzeichen der internationalen Politik. Die heute gültigen 15 Verträge einfach durch einen weiteren Vertrag zu ergänzen, ist allein schon im Blick auf die sensible Akzeptanzfrage auszuschließen. Entscheidend ist die Orientierung auf das unverzichtbar Wesentliche. Jedes politische System, so auch die Europäische Union, muß elementare Leistungen erbringen: Es hat die Freiheit und Freizügigkeit seiner Bürger zu gewährleisten, eine gemeinsame Rechtsordnung zuverlässig aufrechtzuerhalten, den Rahmen für wirtschaftliche Wohlfahrt bereitzustellen und die innere und äußere Sicherheit zu garantieren.

An diesen Kategorien muß die Reform Maß nehmen, und mit diesen Kriterien ist das Kompetenzgefüge der Union zu ordnen. Die Wahrung des Gleichgewichts der Kompetenzen zwischen der europäischen Ebene, den Mitgliedstaaten und den regionalen Institutionen ist zu einer der Schlüsselfragen geworden¹⁷. Wer sich heute ein präzises Bild über die Zuordnung von Zuständigkeiten machen will, muß auch als Experte umfangreiche und langwierige Forschungen betreiben. Auf einer solch undurchschaubaren Grundlage kann kein politisches System langfristig überleben. Die für jedermann nachvollziehbare Klärung der Kompetenzverteilung durch einen Kompetenzkatalog ist hierfür entscheidend. Die elementaren Aufgaben eines politischen Systems sind das einzig geeignete Zuweisungskriterium. Art. 235 des EG-Vertrages wird dann überflüssig.

Bei Überschneidungen von Zuständigkeiten verschiedener Ebenen werden zwei regulative Prinzipien relevant:

- für das Handeln der Mitgliedstaaten das Prinzip der Unionstreue,

– für die Europäische Union das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Wir haben zu klären, welche Kompetenzen tatsächlich auf europäischer Ebene anzusiedeln sind – und für diese Zuständigkeiten dann auch Instrumente zur Verfügung zu stellen.

Transparenz durch Zwei-Kammern-System

Die Ziele von Effektivität und Transparenz sind gleichzeitig mit dem demokratischen Prinzip zu verbinden¹⁸. Alle drei Anliegen stehen in einer unauflösbaren Wechselwirkung. Die Konsequenz: Vereinfachung der Verfahren, Reduzierung auf eine Konstellation, die sich in den traditionellen Bildern von Demokratie in Europa wiederfindet. Alles das verweist auf ein Zwei-Kammern-System als Grundmodell europäischer Entscheidungen:

- Der Rat der Europäischen Union als die eine Kammer repräsentiert die entscheidende Rolle der Mitgliedstaaten.
- Das Europäische Parlament als die andere Kammer repräsentiert die direkte europäische Legitimationsquelle für die Entscheidungen, die faktisch sich jeder anderen Kontrolle entzogen haben. Diese Zwei-Kammer-Konstruktion ist im Mitentscheidungsverfahren des Maastrichter Vertrages bereits angelegt.
- Die Kommission, als Exekutive, muß in der Logik dieses Schemas vom Europäischen Parlament nominiert und vom Europäischen Rat bestätigt werden – in einer gewissen Umkehr der Maastricht-Prozedur. In einer solchen Konstellation das Recht auf Initiative dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat vorzuenthalten, ergibt keinen Sinn.

Definition europäischer Außen- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Union muß die Sicherheit nach innen und nach außen garantieren. Dies bildet eine existentielle Begründung des europäischen Gemeinwesens. Teile der Innen- und Rechtspolitik, Kontrolle der Außengrenzen, Einwanderungspolitik, funktionsfähige Polizeiinstanz – sind daher zu vergemeinschaften.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muß so weiterentwickelt werden, daß Handlungsfähigkeit gewährleistet ist – statt der Abfolge von Karikaturen, zu denen die heutige Union tagtäglich die Objekte liefert. Dazu zählt auch die Beantwortung der Frage, ob Europa ein System kollektiver Sicherheit oder kollektiver Verteidigung errichten will. Auch müssen die bisherigen Organisationsformen der Sicherheit den veränderten Realitäten angepaßt werden. Dazu zählt auch der Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems, das sowohl amerikanische als auch europäische Interessen gleichermaßen miteinbezieht. Ein funktionierendes kollektives Sicherheitssystem sollte sich jedoch auch gegenüber der nach wie vor sicherheitspolitischen Großmacht Rußland neu positionieren bzw. diese mit einbinden.

Reformbedarf ergibt sich für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik in drei Punkten:

- Ausbau der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik.
- Aufbau einer europäischen Informations- und Planungskapazität; nur wenn es gelingt, das nationale Informationsmonopol in der Außenpolitik zu brechen, kann die europäische Handlungsfähigkeit optimiert werden.
- Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen.

Differenzierte Integration

Das Schlüsselthema „Handlungsfähigkeit“ wird sich angesichts des unübersehbaren Magnetismus der Union in fast alle Himmelsrichtungen weiter zuspitzen; vom Europa der sechs zum heutigen Europa der 15, dann weiter zum Europa der 21, der 25, der 28 Staaten mit rund 500 Mio. Menschen in den nächsten Jahren. Daraus ergibt sich die entscheidende Frage, wie eine Staatengemeinschaft, die von solch immenser Heterogenität gekennzeichnet ist, politisch, wirtschaftlich, kulturell, überhaupt zu organisieren ist.

Wer die Geschichte der Einigung Europas sorgfältig studiert, dem wird als Schlüssel zum Erfolg die Differenzierung auffallen. Verschiedene Organisationsformen, unterschiedliche Geschwindigkeiten der Umsetzung von Anfang an. Je größer und je heterogener der Raum der Integration, desto notwendiger wird das Konzept der Differenzierung¹⁹. Die Räume der Politischen Union, der GASP, der Wirtschafts- und Währungsunion und des Binnenmarktes werden künftig nicht mehr deckungsgleich sein. Organisationsfähig bleibt ein solch kompliziert zusammengesetztes System der Differenzierung nur, wenn es einem kalkulierten Steuerungsplan folgt – und nicht eher unreflektierten Zufälligkeiten. Differenzierung kennt bereits der gegenwärtige Status quo: das Europäische Währungssystem, die Sozialpolitik, die opting-out-Klauseln, Zusatzvereinbarungen wie das Schengener Abkommen, Ausnahmeregelungen in der Umweltpolitik, im Arbeitsschutz, im Binnenmarkt.

Die nächste Erweiterung erzwingt dazu institutionelle Reformen:

- Im Europa der 20 bis 30 kann nicht jedes Land ein Mitglied der Europäischen Kommission stellen.
- Im Europa der 20 bis 30 kann es nicht mehr das bisherige Rotationsprinzip in der Ratspräsidentschaft geben.
- Die einfache Fortschreibung der Stimmgewichte und des Quorums bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen würde zu einer Majorisierung der großen durch die kleinen Mitgliedstaaten führen.

Die Europäische Union braucht also ein Konzept, in dem Integration auf hohem, aber unterschiedlichem Niveau mehrgleisig organisiert werden kann. Nur so wird die Union regierbar bleiben. Ein Vorstoß in Richtung variabler Geometrie unternahm das Schäuble/Lamers-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Durch die

dadurch ausgelöste Diskussion über ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, der „konzentrischen Kreise“ oder über ein „Kerneuropa“ hat die Debatte über die Reform '96 an Fahrt gewonnen. Die Gefahr besteht allerdings darin, daß sich hinter den wohlklingenden Platzhaltern für das Europa der Zukunft keine Konzepte verbergen, die die Mehrheit der europäischen Staaten hinter sich vereinigen können. Die Europäische Union wird jedoch ganz entscheidend getragen von dem gemeinsamen Willen zum Konsens.

Blick nach Südeuropa

Die Europäische Union konzentriert sich gegenwärtig stark auf die mittel- und osteuropäischen Staaten. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts galt es, diese so schnell wie möglich an die Union heranzuführen (Europaabkommen), um den demokratischen wie wirtschaftlichen Reformprozeß voranzutreiben. Dabei wurde jedoch die Südflanke Europas mehr und mehr an die Peripherie europäischer Interessen gerückt. Europa kann sich vor den Problemen in der Mittelmeerregion nicht verschließen; dort ballen sich religiöse Auseinandersetzungen, Migrationswellen, Umweltzerstörungen ebenso wie ethnische Konflikte²⁰. Nicht zuletzt deutet sich der Beginn eines Wertkonflikts zwischen der arabisch-islamischen Welt und dem in erster Linie christlich geprägten Europa an.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat zudem die alte sicherheitspolitische Ordnung in diesem Raum aufbrechen lassen²¹. Neue Konfliktkonstellationen formieren sich. Gleichzeitig beweist jedoch der Nahost-Friedensprozeß, daß regionale Konfliktlösungsansätze möglich sind. In dieser Region bietet sich gerade die Türkei, die regionales Großmachtpotential besitzt und durch die für 1996 geplante Zollunion stärker als bisher an die Europäische Union herangeführt wird, als Modell für die Verbindung von Religion und moderner Gesellschaft an.

Die Konzeption von Konfliktlösungsmustern liegt nicht nur im Interesse der Staaten in den südlichen und daran angrenzenden Regionen Europas, sondern in ganz entscheidender Weise auch im Interesse der Europäischen Union. Bisher ist es der Europapolitik allerdings nicht gelungen, ein einheitliches Konzept für den Mittelmeerraum zu erstellen. Statt dessen sind selektive Aufmerksamkeit, konzeptionelle Zersplitterung und schwache Instrumente die Antworten der Europäer auf die Herausforderung Mittelmeer. Gefordert ist ein Gesamtkonzept, das handels- wie entwicklungspolitische, sicherheits- wie kulturpolitische Instrumente bündelt. Dazu zählen:

- Unterstützung der wirtschaftlichen Erneuerung des Mittelmeerraumes durch Festlegung eines bestimmten Anteils am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft für Entwicklungshilfe,
- Einrichtung einer Mittelmeer-Umweltagentur, und effizientere Gestaltung der Umweltadministration und Umweltgesetzgebung,

- Erstellung eines einheitlichen europäischen Zuwanderungskonzepts, das die soziale und kulturelle Balance zwischen der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten und dem Mittelmeerraum erhält,
- europäische Kontrolle über den Abbau atomarer, biologischer und chemischer Waffen in der Region sowie das Aufstellen von Regeln für den Export von Rüstungsgütern,
- Unterstützung des Nahost-Friedensprozesses, u. a. durch Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region,
- Unterstützung des wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklungsprozesses in der Region beispielsweise durch gezielte Verknüpfung von finanziellen und technischen Hilfen mit der Forderung nach Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte.

Die Zeit drängt angesichts des stetig wachsenden Problemdrucks in dieser Region. Europa muß jetzt handeln, um sich den Zugang in diese Region nicht zu verschließen oder gar von den Entwicklungen in dieser Region überrollt zu werden.

Die Suche nach einer europäischen Identität

Europa hat seine Erfolge rasch konsumiert. Der Zerfall der Diktaturen, der Magnetismus der Integration, das Ende der Spaltung – all das geschah im Zeitraffer-Tempo²². Über die Freude legte sich bald der Mehltau neuer Sorgen, Risiken und Fragezeichen: Entsolidarisierung, nationalistische Überhitzung, ethnische Aggression, Krieg auf dem Balkan. Die Kraft der Völkergemeinschaft zur Friedensstiftung bleibt weitgehend unsichtbar. So werden der Würde Europas einmal wieder tiefe Wunden geschlagen, deren fatale kulturelle Folgen sich erst aus historischem Abstand voll erfassen lassen.

Das neue Europa befindet sich in einer Art „Zwischen-Zeit“. Wen kann das wundern, wenn elementare Grundsatzdebatten neu aufbrechen? Komplizierte Übergänge gilt es zu gestalten; neue Ordnungspläne zu bedenken²³. Eine Politik, die Abwehrkräfte mobilisieren könnte, gerät in Schwierigkeiten, wenn sie eigens Gestaltungskräfte freisetzen soll. Ungefiltert wird Europa mit der ganzen Kompliziertheit der neuen Lage konfrontiert²⁴. Unsicherheit und Ratlosigkeit zur neuen Ordnung Europas nach dem Ende der Bipolarität – dieser Befund zum Oberflächenprofil des Kontinents verweist auf tieferliegende Ursachen für die aktuellen Schwierigkeiten: Europa gibt heute keine Antwort auf die strategischen Grundfragen der neuen Epoche.

Wenn Europa die Antworten auf seine Existenzfragen so komplett schuldig bleibt, dann muß mehr dahinterstehen als eine aktuelle politische Formkrise. Zweifellos ist die politisch-kulturelle Substanz eines jeden europäischen Staates vom weltpolitischen Umbruch betroffen. Innenpolitische Krisen, machtpolitische Fragezeichen sind unübersehbar. Dennoch reichen die Ursachen für die konzeptionelle

tionellen Unklarheiten und Unentschiedenheiten tiefer: Europa hat den Verlust seiner Ordnungsidee zu beklagen.

Jede Epoche der europäischen Geschichte ist unterfüttert mit kulturellen Mustern und Entwürfen zur Gestaltung des Kontinents²⁵. Europa ist in jeder Epoche zugleich eine geographische und eine normative Größe. Von den Griechen wird Europa zunächst als ihr Festland geographisch und normativ zugleich abgegrenzt vom Land der Barbaren draußen. Die Grenzen verschieben sich mit den Erkundungsfahrten und Eroberungen. Auch die geistigen Abgrenzungen wandern. Am Anfang steht die Befreiung aus der Befangenheit im magischen Denken. Der Drang nach neuer Erkenntnis gewinnt die Oberhand über den Mythos. Die Entzauberung der Welt ist angesagt. Am Anfang der europäischen Kultur stehen nicht die Imperien, am Anfang steht die Vielgestaltigkeit der Städte und Regionen: Athen und Korinth, Kreta und Rhodos, schließlich Rom. Die Römer übersetzen den nationalen Grundzug des europäischen Denkens ins Praktische: Institutionen und Ämter, Armee und Rechtsordnung, Steuersystem und Geldwirtschaft. Prägende Kraft entfaltet dann die römische Kirche. Das Lateinische wird im vierten Jahrhundert zur Liturgiesprache erhoben, und Europa konstituiert sich als lateinische Christenheit. Offenbarung und Erlösung werden als ein geschichtliches Ereignis gesehen, das die Welt jedes einzelnen verändert. Sinnorientiertes Handeln wird zum geistigen Signum Europas.

Zwangsläufig aber wird das Bild von Europa in alle großen Auseinandersetzungen der Geschichte einbezogen, seit der Rezeption des Aristoteles in die Spannung zwischen griechischer und römischer Klassik, dann in die Spannung von Kirche und Staat; Herausforderungen von außen werden bedeutsam für das eigene Selbstbewußtsein: Die Distanz zwischen Rom und Byzanz, die Türkengefahr, der Einbruch des Islam. Europa wird dann elementar betroffen von der Spaltung der Christenheit in einen römisch-katholischen und einen protestantischen Teil. Dann folgt der Prozeß der Säkularisierung; in Humanismus und Renaissance werden Bibel und kirchliche Tradition als alleinige geistige Autorität entthront. Kriege und Allianzen, Erwerb und Verlust von Territorien werden zu dominierenden Geschichtsdaten. Dynastien streben nach Hegemonie. Wer solche hegemonialen Pläne zu Fall bringt, gilt als der wahre, der große Europäer. In der Aufklärung gerät das Europabewußtsein in die unentschiedene Mittelposition zwischen national begrenztem Interesse und universalistisch orientierter Haltung. Diese Spannung zwischen nationaler Besonderheit, europäischer Gemeinsamkeit und weltweiter Orientierung bleibt dann bis zur Gegenwart existent.

Die politische und ökonomische Modernisierung verändert das Gesicht Europas. Der territorial zersplitterte Kontinent enthält mit den Nationalstaaten neue, dominierende Organisationsformen. Das nationale Bewußtsein und nationalistische Großorganisationen geben den Freiheitskräften in Europa zunächst ebenso Raum wie später den nationalistischen Persionen. Die europäische Verquickung von nationaler Dynamik und nationalistischer Sprengwirkung zwingt den Europäern im 20. Jahrhundert drastische Verschiebungen ihres politischen

Status auf: Zunächst ist Europa das Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Welt. Bereits ein halbes Jahrhundert später ist Europa aus der Zentrallage an die weltpolitische Peripherie abgedrängt.

Die neuen Weltmächte tragen auf dem von zwei Kriegen zerstörten Kontinent ihren Konflikt aus. Die Spaltung des Kontinents weist ein machtpolitisches Profil auf – aber mindestens ebenso ein politisch-kulturelles: Die Idee von der Personallität des Menschen und von der Volkssouveränität als Legitimationsgrund prägt nun Europa (West) – und diese Idee tritt in scharfen Konflikt mit der Vorstellung vom Menschen als Gattungswesen und von der Volksdemokratie (Ost). Erst in unseren Tagen hat sich dieser Konflikt substantiell aufgelöst.

In diese schillernde Entwicklung des Grundrisses politisch-kultureller Ortsbestimmung Europas ist alles verwoben, was Not und Leiden europäischer Geschichte, Glanz und Abgründe europäischer Politik ausmacht. Wenn in Europa die Frage „Wer sind wir?“ nicht ausstirbt, dann hat dies etwas zu tun mit der politisch-kulturellen Grundbedingung des Kontinents: Große Vielfalt der Traditionen, der Temperamente und Mentalitäten trifft hier in räumlicher Enge aufeinander. Die daraus resultierende Spannung beinhaltet zwei antagonistische Konsequenzen: schöpferische Vitalität und zerstörerischen Herrschaftswillen. Europa kennt den Geist der Bergpredigt ebenso wie das Wörterbuch des Unmenschen. Soll nur die eine Seite dieses Verhältnisses, die kreative, wirksam werden, gelingt das den Europäern nur als Ergebnis einer aktiven politisch-kulturellen Leistung. Aber der Urteilsrahmen, um diese Leistung zu erbringen, ist mit Ende des Ost-West-Konflikts versunken, ohne daß ein neuer Orientierungshorizont etabliert wäre. Wie sollen die großen Strategief Fragen Europas denn beantwortet werden, wenn es an Begründungen, Kriterien und Prioritäten mangelt?

Die heutigen Schwierigkeiten europäischer Politik weisen weit über die üblichen Probleme augenblicksorientierter Taktik hinaus. Sie finden eine geistesgeschichtliche Verortung. Die neue Epoche muß eine Antwort auf die Frage nach Europas Identität suchen und finden.

Anmerkungen

- 1 So Bieber, Roland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3. 12. 1994, S. 8.
- 2 Pöttering, Hans-Gert, in: Die Welt v. 14. 2. 1995, S. 7.
- 3 Kinkel, Klaus, in: FAZ v. 22. 2. 1995, S. 4.
- 4 Santer, Jacques, in: Der Spiegel 11 (1995), S. 154.
- 5 Green, Pauline, in: Frankfurter Rundschau v. 21. 6. 1995, S. 10.
- 6 Schmidt, Helmut, in: Die Zeit v. 30. 9. 1994, S. 16.

- 7 Glotz, Peter, in: Die Woche v. 30. 6. 1995, S. 18.
- 8 Graf Kielmannsegg, Peter, in: FAZ v. 17. 2. 1995, S. 13.
- 9 Vgl. dazu Läufer, Thomas: Zur künftigen Verfassung der Europäischen Union. Notwendigkeit einer offenen Debatte, in: Integration 4 (1994), S. 204–214.
- 10 Vgl. Bengel, Bruno u. a.: Nur verpaßte Chancen? Die Reformberichte der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1983.

- 11 Vgl. Schmuck, Otto: Die EU-Regierungskonferenz 1996: Zum Stand der Reformdebatte, in: *Integration 2* (1995), S. 68–75; ders.: Die Reform der Europäischen Union. Aufgaben der Regierungskonferenz 1996, Bonn 1995; Spiker, Wolfgang: Der steinige Weg zur nächsten Reform der Europäischen Union, in: *WSI Mitteilungen 12* (1994), S. 721–725.
- 12 Vgl. dazu u. a. Neuhold, Hanspeter: Weltpolitik zwischen Integration und Fragmentierung, in: *Österreichisches Jahrbuch für internationale Politik 1994*, S. 99–119; Kaiser, Karl: Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus. Zwischen Interdependenz und Anarchie, in: *Internationale Politik 1* (1995), S. 27–36.
- 13 Weidenfeld, Werner: Ernstfall Europa. Der Kontinent braucht konzeptionelle Klarheit, in: *Internationale Politik 1* (1995), S. 11–19; ders.: Europas Zukunft klären. Das vernebelte Profil der Reformdebatte, in: *Internationale Politik 9* (1995), S. 17–22.
- 14 Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Maastricht in der Analyse*, Gütersloh 1994.
- 15 Vgl. die Beiträge von Noelle-Neumann, Elisabeth: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn 1982 ff.
- 16 S. z. B. Picht, Robert: Europa – aber was versteht man darunter? Aufforderung zur Überprüfung der Denkmuster, in: *Merkur 546/547*, S. 850–866; Lübke, Hermann: Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben, Berlin 1994.
- 17 Ausführlich dazu Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996*, Gütersloh 1995; ders. (Hrsg.): *Wie Europa verfaßt sein Soll. Materialien zur Politischen Union*, Gütersloh 1991.
- 18 Ausführlich dazu Weidenfeld, Werner/Jung, Christian: *Lehren aus Maastricht: Transparenz, Demokratie und Effizienz in der Europäischen Union*, in: *Integration 3* (1993), S. 138–146.
- 19 Janning, Josef: Differenzierte Integration. Warum braucht Europa verschiedene Geschwindigkeiten?, in: *Europa Archiv 18* (1994), S. 527–536.
- 20 S. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Herausforderung Mittelmeer: Aufgaben, Ziele und Strategien europäischer Politik*, Gütersloh 1992.
- 21 Vgl. Mortimer, Edward: Europe and the Mediterranean: The Security dimension, in: Ludlow, Peter (Hrsg.): *Europe and the Mediterranean*, London u. a. 1994, S. 105–126.
- 22 Ein dichter Überblick über die Ereignisse bei Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn 1980 ff., hier insbes. 1989 ff.; *Die Internationale Politik, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik*, München 1989 ff.
- 23 Zahlreiche Entwürfe für europäische Problemlösungen liefert das große Forschungsprojekt der Bertelsmann Stiftung „Strategien und Optionen für die Zukunft Europas“.
- 24 Es kann nicht überraschen, wenn vor diesem Hintergrund wieder Analysen zur politisch-kulturellen Gestalt Europas Aufmerksamkeit erhalten. Vgl. u. a. Münch, Richard: *Das Projekt Europa*, Frankfurt 1993; Senghaas, Dieter: *Friedensprojekt Europa*, Frankfurt 1992; Nooteboom, Cees: *Wie wird man Europäer?*, Frankfurt 1993; Jones, Eric L.: *Das Wunder Europa*, Tübingen 1991; Schulze, Hagen: *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994.
- 25 Vgl. vertiefend Gollwitzer, Heinz: *Europa-bild und Europagedanke*, München 1964; Pomiaw, Krzysztof: *Europa und seine Nationen. Das alte Europa und die Welt der Moderne*, München 1994.

Weiterführende Literatur

- Apel, Hans: Der kranke Koloß Europa: Reform oder Krise?, Reinbek 1994.
- Arnold, Hans: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3-4 (1995), S. 3-9.
- Baldwin, Richard E.: *Towards an integrated Europe?*, London 1994.
- Bell, David (Hrsg.): *The Development of the European Idea Since the Middle Ages*, Aldershot 1994.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit*, Gütersloh 1994.
- Bogdandy, Armin von (Hrsg.): *Die Europäische Option. Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration*, Baden-Baden 1994.
- Brunner, Manfred (Hrsg.): *Kartenhaus Europa? Abkehr vom Zentralismus – Neuanfang durch Vielfalt*, München 1994.
- Brzezinski, Zbigniew: A Plan for Europe, in: *Foreign Affairs* 1 (1995), S. 26-42.
- Caesar, Rolf/Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): *Maastricht: Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion?*, Bonn 1994.
- Cavazza, Fabio Luca/Pelanda, Carlo: Maastricht: before, during, after, in: *Daedalus* 2 (1994), S. 53-80.
- Christiansen, Thomas A.: European integration between political science and international relations theory. The end of sovereignty, working papers: RSC 4 (1994), Florenz 1994.
- Classen, Claus Dieter: Die europäische Integration und demokratische Legitimation, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 2 (1994), S. 238-260.
- David, Dominique: Après l'Europe, in: *Politique étrangère* 1 (1994), S. 261-272.
- Dehousse, Renaud (Hrsg.): *Europe after Maastricht – an Ever Closer Union?*, München 1994.
- Deubner, Christian: Vertiefung der Europäischen Union: Wie weit – und mit wem? Ebenhausen/Isartal 1994.
- Deubner, Christian: Deutsche Europapolitik: Von Maastricht nach Kerneuropa?, Baden-Baden 1995.
- Esterbauer, Fried: *Europäische Integration. Von den Anfängen zum Vertrag von Maastricht*, Wien 1994.
- Fastenrath, Ulrich: Die Struktur der erweiterten Europäischen Union, in: *Europarecht Beiheft* 1 (1994), S. 101-126.
- Grimm, Dieter: Braucht Europa eine Verfassung?, München 1995.
- Guigou, Elisabeth: *Pour les Européens*, Paris 1994.
- Hailbronner, Kai: *Europa der Zukunft – Zentrale und dezentrale Lösungsansätze*, Köln 1994.
- Holm, Erik: Europe, a political culture? Fundamental issues for the 1996 IGC, London 1994.
- Hrbek, Rudolf/Weyand, Sabine: *betrifft: Das Europa der Regionen. Fakten, Probleme, Perspektiven*, München 1994.
- Hurd, Douglas: Making the Union work, in: *Studia diplomatica* 2 (1994), S. 17-23.
- Jakobsen, Max: Frieden und Stabilität – eine Fata Morgana? Europa braucht eine neue Gestalt, in: *Europa-Archiv* 11 (1994), S. 306-314.
- Janning, Josef: Europa braucht verschiedene Geschwindigkeiten, in: *Europa-Archiv* 18 (1994), S. 527-536.
- Janning, Josef/Weidenfeld, Werner: The Governability of Europe. Problems and Structures of European Union, in: *The Polish Quarterly of International Affairs* 1 (1994), S. 7-16.
- Jopp, Mathias (Hrsg.): *The implications of the Yugoslav crisis for Western Europe's foreign relations*, Paris 1994.
- Jopp, Mathias: The Strategic Implications of European Integration, *Adelphi Paper* 290, London 1994.
- Kammler, Hans: Wieviel Integration braucht Europa?, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 2 (1994), S. 26-32.
- Klepsch, Egon A. (Hrsg.): *Stimmen der Welt im*

- Europäischen Parlament. Reden der Staatsoberhäupter und Regierungschefs 1987 bis 1994, Bonn 1994.
- Kupchan, Charles A.: *Nationalism and Nationalities in the New Europe*, New York 1995.
- Lane, Jan-Erik: *Politics and Society in Western Europe*, London 1994.
- Larrabee, Stephen F./Lynch, Allen: *Russia, Ukraine and European Security. Implications for Western Policy*, Santa Monica 1994.
- Laun, Kurt von: Zum Vertrag über die Europäische Union, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 1 (1994), S. 69–87.
- Laurent, Pierre-Henri: *The European Community: To Maastricht and Beyond*, London 1994.
- Leggewie, Klaus: Europa beginnt in Sarajewo. Gegen den Skeptizismus in der europäischen Wiedervereinigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 24–33.
- Leipold, Helmut (Hrsg.): *Ordnungsprobleme Europas: Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung*, Marburg 1994.
- Lützeler, Paul Michael: *Europe after Maastricht*, Oxford 1994.
- Lützeler, Paul Michael: *Hoffnung Europa. Deutsche Essays von Novalis bis Enzensberger*, Frankfurt a. M. 1994.
- Maillet, Pierre (Hrsg.): *L'Europe a géometrie variable. Transition vers l'intégration*, Paris 1994.
- Molle, Willem: *The Economics of European Integration. Theory, Practice, Policy*, Aldershot 1994.
- Möschel, Wernhard: Europäische Integration am Wendepunkt? Perspektiven nach Maastricht, in: *WiSt* 3 (1994), S. 123–131.
- Möschel, Wernhard: Europapolitik zwischen deutscher Romantik und gallischer Klarheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3–4 (1995), S. 10–16.
- Nötzold, Jürgen: Europäische Union und Ostmitteleuropa: Erwartungen und Ungewißheiten, in: *Außenpolitik* 1 (1995), S. 13–22.
- Ross, George: *The Construction of Europe. The European Community after 1992*, London 1994.
- Rummel, Reinhard: *The next Intergovernmental Conference: How to Reform CFSP?*, unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isartal 1994.
- Schwedberg, Richard: The idea of „Europe“ and the origin of the European Union. A sociological approach, in: *Zeitschrift für Soziologie* 5 (1994), S. 378–387.
- Thranert, Oliver (Hrsg.): *Europäische Union und Europa, Studien zur Außenpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Nr. 63*, Bonn 1994.
- Uterwedde, Henrik: *Die Europäische Union. Entwicklungen, Probleme, Perspektiven*, Opladen 1994.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa '96. Reformprogramm für die Europäische Union nach Maastricht*, Gütersloh 1994.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996*, Gütersloh 1995.
- Weidenfeld, Werner: Ernstfall Europa. Der Kontinent braucht konzeptionelle Klarheit, in: *Internationale Politik* 1 (1995), S. 11–19.
- Weidenfeld, Werner: Europa – Weltmacht im Werden, in: *Internationale Politik* 5 (1995), S. 17–22.
- Wessels, Wolfgang: Rationalizing Maastricht: the search for an optimal strategy of the new Europe, in: *International Affairs* 70 (1994), S. 445–457.